

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 3.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 4. Februar 1905.

Verlag:  
A. Bohrer, Hannover, Burgstraße 9.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Drey, Hannover, Burgstraße 9, I.  
Druck von Dörns & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

## Bekanntmachung.

Mit dieser Nummer geht den Zahlstellen und Einzelmitgliedschaften die Abrechnung vom 3. Quartal 1904 in einigen Exemplaren zu. Entsprechend dem Beschluß des letzten Verbandstages wird nur die Bilanz, nicht mehr die Gesamtabrechnung im „Polestarier“ zur Veröffentlichung gebracht. An Orten, wo die ersten Bevollmächtigten und Vertrauensmänner nicht Empfänger der Zeitung sind, wollen sie sich von den Zeitungsempfängern die Abrechnungen ausständig lassen, damit sie sich von der Veröffentlichung der Abrechnung überzeugen und den Mitgliedern und Revisoren Einblick in dieselbe gewähren können.

Die Revisoren sind verpflichtet, sich je ein Exemplar der Abrechnung ausständig zu lassen und sich zu überzeugen, ob die Abrechnung erfolgt ist. Erfolgte diese nicht, dann haben sie unverzüglich auf Einsendung der Abrechnung zu drängen.

Die Abrechnungsformulare zur Abrechnung für das 4. Quartal gelangten mit der Nummer 26 zur Versendung. Neben dem Formular lagen auch ein Kuvert mit aufgedruckter Adresse und eine entsprechende Anzahl Postanweisungen zur Einsendung der Abrechnung und des Geldes bei.

Entsprechend einem Beschlusse des letzten Verbandstages haben die Zahlstellen mit mehr als 100 Mitgliedern die Geldbeträge monatlich einzusenden. Mit der dritten Geldsendung muß auch die Abrechnung der Abrechnung erfolgen. Die in Frage kommenden Kollegen wollen diesen Beschluß beachten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, Vertrauensmänner und Revisoren, dafür zu sorgen, daß die Abrechnung für das 4. Quartal da, wo sie noch nicht erfolgt ist, umgehend vorgenommen wird, damit wenig oder gar keine Verbandsorte als mit der Abrechnung restierend veröffentlicht werden müssen. Die Revisoren können zu pünktlicher Abrechnung sehr viel beitragen. Wie die Revisoren vorzunehmen sind, darüber findet man Darstellungen im „Leitfaden“ auf Seite 14 bis 21.

Folgende Verbandsorte haben es unterlassen, für das 3. Quartal abzurechnen: Burgdam, Celle, Freilang, Holzwinden, Kall, Kupperberg, Moschendorf, Raumburg, Ren-Um, Oberursel, Oberwürthheim, Penig, Pensenberg, Regen, Tjiede und Uelzen.

Abrechnung und Geld haben zu spät eingelangt: Buttstädt, Bromberg, Calbe, Dessau, Eisenberg (Pfalz), Freiwaldau, Heidenheim, Jettenseibelsheim, Herzberg, Dattingen, Golenberg, H. Krogenburg, Mühlenbeck, Nienburg a. W., Olsh, Oterode a. Harz, Osersleben, Porey, Regenkauf, Raftenburg, Rheinfelden, Schoppsheim, St. Georg, Tarel, Warstade, Zwidau.

In den neuen Mitgliedsbüchern sind nicht nur die Anzahl der Marken anzugeben die im letzten Buche geklebt waren, sondern die Anzahl aller bezahlten Beitragswochen.

J. A.: Aug. Drey.

## Die Moral mit dem doppelten Boden.

Von Brutus.

Bekanntlich ist das wirtschaftliche Interesse ein Faktor, der das Urteil der Menschen wesentlich und in allen Punkten beeinflusst. Es gibt uns den Maßstab in die Hand, den wir an die verschiedenen Vorgänge und Erscheinungen des täglichen Lebens legen, und es weist uns den Standpunkt an, von dem aus wir sie betrachten. Daraus erklärt sich auch die ganz verschiedenartige Beurteilung ein und desselben Vorgangs, je nachdem man ihn mit dem Auge eines Kapitalisten oder eines Proletariats ansieht. Der preussische Justizminister Schönstedt, der Träger der höchsten Rechtsauffassung und das verkörperte Gerechtigkeitsprinzip, hat dieser Auffassung Ausdruck gegeben, indem er mit kaltem Blute den Grundsatz aufstellte: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!“ Das heißt also mit dürren Worten: Man muß sich denjenigen ansehen, der eine Handlung begeht, und danach diese Handlung beurteilen. Damit ist der Rechtsgrundsatz, daß alle Menschen vor dem Gesetze gleich seien, und daß die Göttin der Gerechtigkeit mit verbundenen Augen, ohne Ansehen der Person, richten müsse, über Bord geworfen, und nur leichtgläubige Lören halten diese Annahme noch aufrecht. Nicht

was man tut, sondern wer es tut, ist ausschlaggebend. Das wollen wir an einzelnen Beispielen nachweisen:

In dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit spielt der Ausdruck: der gerechte Arbeitslohn, der vernünftige Arbeitslohn, der anständige Arbeitslohn eine Rolle. Leider sind die Meinungen über die Bedeutung dieser Ausdrücke ganz verschieden. Der Kapitalist, als Käufer der Ware Arbeitskraft, will, wie jeder andere Käufer, möglichst billig kaufen, unbekümmert darum, ob der Arbeiter mit seinem Sohne sich oder seine Familie anständig ernähren kann. Ueber die Begriffe „anständig, vernünftig, gerecht“ läßt sich streiten; sie sind verschieden, je nach dem Maßstab, den man anlegt. Es gibt Kapitalisten, die es mit ihrem Anstand vereinbaren können, den Arbeitslohn auf ein niedriges Niveau herabzudrücken und den Arbeiter mit Schandlöhnen abzupfeifen; die es für vernünftig erklären, wenn sie für wenig Geld möglichst viel Arbeitskraft aus dem Arbeiter herauspressen; die es als gerecht bezeichnen, daß sie den Bömenanteil an der Gütererzeugung für sich in Anspruch nehmen, während sie dem Arbeiter ein paar Brocken hinwerfen. Der denkende, zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiter ist ganz anderer Meinung. Er ist Verkäufer der Ware Arbeitskraft und hat als solcher ein lebhaftes Interesse an hohen Preisen, er schwärmt deshalb für einen hohen Arbeitslohn und nennt das auf Bohndrücke gerichtete Bestreben des Unternehmertums unanständig, unvernünftig und ungerecht. Unanständig deshalb, weil es dem Prinzip einer modernen Sozialmoral widerspricht, die Ausbeutungsschraube immer schärfer anzudrehen, um auf Kosten fleißiger Nerven ein Drohenleben führen zu können; unvernünftig deswegen, weil es dem Prinzip einer gesunden Sozialpolitik widerspricht, die Kaufkraft der großen Masse herabzudrücken und dadurch den Arbeiter von jedem geistlichen Fortschritt auszuschließen; ungerecht deshalb, weil es dem Prinzip einer wahren Sozialgerechtigkeit widerspricht, aus der Haut anderer Menschen Nerven zu schneiden, anstatt seine eigene Haut zum Markte zu tragen.

Da die Arbeiterklasse das Bestreben hat, sich durch Erringung von besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen auf eine höhere Stufe der Lebenshaltung hinauf zu schwingen und dadurch der Ausbeutungsgier des Kapitals hindernd in den Weg tritt, so ist es kein Wunder, daß das Unternehmertum von „unverschämten Forderungen“ spricht, wenn der Arbeiter seine durchaus berechtigten Ansprüche geltend macht. Bekanntlich wird es jedem Menschen zum Verdienst angerechnet, wenn er danach strebt, sich eine bessere Existenz zu verschaffen; man nennt ihn dann einen strebsamen Menschen, der auf sein Fortkommen in der Welt bedacht ist. So strebt der Beamte nach einer besseren Stellung, der Kaufmann nach höherem Gewinn, der Handwerksmeister nach mehr Verdienst, der Landmann nach größerer Rentabilität und selbst der König von Preußen hat vor einigen Jahren eine Erhöhung seiner Privatliste um mehrere Millionen Mark beantragt und durchgesetzt, weil er mit Recht behauptete, daß er mit dem Einkommen, womit sein Großvater ausgekommen sei, heutzutage nicht mehr auskommen könne. Alle, die ein höheres Einkommen erstreben, begründen dies damit, daß sie auf die gesteigerten Anforderungen hinweisen, die das moderne Leben an den Menschen stellt. Mit Recht erklärte deshalb der deutsche Kaiser bei seinem Regierungsantritt, es sei menschlich, natürlich und sehr erklärlich, daß jedermann danach strebe, sich seine Lebenslage so gut wie möglich zu gestalten. Wenn dies aber wahr ist, und wenn die höheren Ansprüche aller anderen Gesellschaftsklassen als ganz berechtigt bezeichnet werden, warum nennt man dann die Ansprüche der Arbeiter „unverschämte Forderungen“? Erkläre mir, Graf Derindur, — diesen Zwiespalt der Natur!

Wie die Bestrebungen der Arbeiterklasse selbst, so unterliegen auch die Mittel, die in dem Emanzipationskampfe angewendet werden, einer ganz verschiedenen Beurteilung. Besonders der Streik und der Boykott werden nach dem Klassenstandpunkt beurteilt. In volkswirtschaftlicher Beziehung ist der Streik eine ganz einfache Sache: die Arbeiter, als Verkäufer ihrer Arbeitskraft, stellen gemeinsam den Verkauf ihrer Ware ein, weil ihnen der gezahlte Preis

nicht mehr genügt; sie machen eben von dem Rechte eines jeden Verkäufers Gebrauch, indem sie ihre Ware zurückhalten, falls der Käufer den geforderten Preis nicht bezahlen will. Der moderne Arbeiter ist nach kapitalistischer Auffassung ein freier Mann, er kann seine Arbeitskraft verkaufen, wenn und wann er will. Will er aber diese Freiheit benutzen, so begeht er ein Verbrechen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Ebenso ist es auch mit dem Boykott. Die Arbeiter, als Käufer der verschiedenen Waren, erklären, daß sie diese oder jene Ware, oder daß sie von diesem oder jenem Warenbesitzer nicht kaufen wollen. Daß sie hierzu berechtigt sind, kann gar nicht zweifelhaft sein. Alle anderen Gesellschaftsgruppen tun ganz dasselbe. Wenn die antisemitischen Mittelstandsretter rufen: „Kauft bei keinem Juden! Kauft in keinem Warenhause oder Konsumvereine!“ so ist das ein berechtigtes Kampfmittel; wenn die Militärbehörde den Soldaten verbietet, diese oder jene Wirtschaft zu besuchen, so tut sie dies im wohlverstandenen Interesse militärischer Disziplin; wenn Stumm oder ein anderer Kapitalproh seinen Arbeitern vorschreibt, welche Zeitung sie nicht lesen oder welchem Vereine sie nicht angehören dürfen, so nennt man das „ein patriarchalisches Verhältnis“; wenn aber eine Gewerkschaftskommission die Arbeiter auffordert, durch Nichtkaufen einer bestimmten Ware ihre kämpfenden Arbeitsbrüder zu unterstützen, so wird dies als „grober Unfug und Entsehrung“ bezeichnet.

Ähnlich liegt es auch mit dem vielgenannten „Terrorismus der Gewerkschaften“, der in der Unternehmerpresse eine so wichtige Rolle spielt. Wenn ein organisierter Arbeiter seinen unorganisierten Kollegen auffordert, der Organisation beizutreten und gemeinsam mit seinen Arbeitsbrüder für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, so ist dies sein gutes Recht; wenn er ihn darauf hinweist, daß es unfein und unmoralisch ist, immer die Kollegen Opfer bringen zu lassen, während man selbst die Früchte der Organisationsarbeit mitgenießt, so beweist er hierdurch ein hohes sozialetisches Empfinden; wenn er dann endlich, nachdem alle Mittel der Ueberredung erschöpft sind, jede Gemeinschaft mit einem solchen unsozialen Menschen ablehnt und nichts mehr mit ihm zu tun haben will, so kann man ihm dies keineswegs verargen. Die kapitalistische Presse schimpft dann wie ein Rohrspatz und droht den „Terroristen“ Galgen und Rad an. Wenn aber ein Kapitalist seine Arbeiter mit der Hungerpeitsche aus der Organisation herausschreit und hierdurch das geselllich gewährleistete Koalitionsrecht seiner Arbeiter mit Füßen tritt, so ist das natürlich kein Terrorismus, sondern lediglich „berechtigte Notwehr“. Ebenjowenig ist es Terrorismus, wenn ein Unternehmerartell einen abseitsstehenden Unternehmer mit allen Mitteln geschäftlicher Schifane, durch Preisdrückerei und Boykottierung, zum Beitritt zwingt. Aller Zwang seitens des Unternehmertums ist berechtigt; wenn aber eine Arbeiterorganisation auch nur den leisesten Druck ausübt, so nennt man das „eine Schreckensherrschaft sondergleichen“.

Als die Ärzte, wie dies in letzter Zeit häufig vorgekommen ist, ebenfalls zur Waffe des Streiks und Boykotts griffen, um die Krankenkassen aufs Trockene zu setzen, trat das doppelte Recht und die doppelte Moral ebenfalls in die Erscheinung. Auch in ihren Reihen fanden sich Arbeitswillige, die in die offenen Stellen einrückten. Während aber die arbeitswilligen Arbeiter, weil sie ihrer „höheren, besseren Einsicht“ folgen, bekanntlich „fleißige, ehrliche Arbeiter, sorgende Familienväter, freibeitliebende Männer und gute Staatsbürger“ sind, waren die arbeitswilligen Ärzte — trotz ihrer höheren Bildung! — „schlechte Kollegen, die keinen Funken Ehrgefühl besaßen und die Standesehre mit Füßen traten“. Kein anständiger Kollege durfte mit ihnen verkehren oder gar in einer gemeinsamen Arbeit (Konsultation oder Operation) mit ihnen zusammenwirken. Sie wurden vor aller Welt boykottiert und in Berruf erklärt, aber kein schneidiger Staatsanwalt regte einen Finger, um dagegen einzuschreiten. Wie den „Streikbrüder“, die sich ähnliches gegen ihre „Nachkollegen“ erlauben würden!

Auch in Unternehmerkreisen finden wir Streikbrecher. Bei dem Hamburger Bierboykott konnten wir beobachten, daß auswärtige Brauereibesitzer — und selbst leibhaftige Kommerzienräte sind darunter! — „des schändlichen Gewinnes wegen“ Bier nach Hamburg lieferten und dadurch ihren Kollegen in den Rücken



fielen. Sie taten also ganz dasselbe wie die „gewöhnlichen“ Streikbrecher. Während aber letztere von der Unternehmerrasse gehänselt und gelobhudelt wurden, gab diese selbe Presse die Schale ihres Jornes aus über die kapitalistischen Streikbrecher und nannte sie „Helferhelfer der Sozialdemokratie“. So lasen wir in der „Weserzeitung“, die von auswärtigen hereinkommenden Streikbrechern aus Arbeiterkreisen Weisrath streut, folgendes: „Höchst bedauerlich bleibt es, daß einige auswärtige Brauereien, obwohl sie zum Verbands der Brauereien gehören und wissen sollten, daß die hiesigen Brauereien für die Gesamtheit der deutschen Brauereien kämpfen, den Wirtschaften, die verpflichtet sind, hochkottiertes Bier auszufächeln, um schönen Verdienstes willen Bier liefern.“ Natürlich hat die Zeitung nichts dagegen einzuwenden, wenn auswärtige Brauereiarbeiter, „obgleich sie zum Verbands der Brauer gehören und wissen sollten, daß die hiesigen Brauereiarbeiter für die Gesamtheit der deutschen Brauereiarbeiter kämpfen“, um schönen Verdienstes willen dem Brauerei-Ring Streikbrecherdienste leisten. Und die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, das Ober-Scharfmacherorgan, schrieb: „Veider müssen wir konstatieren, daß eine Anzahl von auswärtigen Brauereien so wenig kollegial denken, um es über sich zu gewinnen, den Hamburger Brauereien während ihres tapferen Widerstandes in den Rücken zu fallen.“ Nachdem dann eine ganze Reihe auswärtiger Brauereien, die nach Hamburg hochkottiertes Bier liefern, mit Namen genannt worden sind, fährt der Artikelschreiber fort: „Wir sind der festen Überzeugung, daß dieser Appell („diese Denunziation“ wäre wohl der richtige Ausdruck) genügen wird, um die Genannten über die Unüberlegtheit ihres Vorgehens aufzuklären. Wo dies indessen nicht der Fall sein sollte, bitten wir die geehrten Vorstände der betreffenden Arbeitgeberverbände, unverzüglich die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um solchem Unfug ein baldiges Ende zu bereiten.“ Aber das ist nun einmal der Standpunkt der Moral mit dem doppelten Boden: Wenn auswärtige Brauereien Bier nach Hamburg liefern, dann ist das Unfug; wenn aber minderwertige Arbeitswillige aus Rußland, Polen, Holland, Italien, Galizien, Böhmen usw. herangeschleppt werden, dann ist das ein löbliches Tun, das von den Behörden aufs eifrigste gefördert werden muß. Und als nach vorläufiger Beendigung des Brauereiarbeiterstreiks die Brauereibesitzer aufgefordert wurden, die Streikbrecher zu entlassen und die Streikenden wieder einzustellen, was ja selbstverständliche Bedingung eines Friedensschlusses ist, erklärten die Herren, sie würden niemals „eine solche schmachvolle Handlungsweise“ begehen und ihre Arbeiter ohne deren Willen hinauswerfen. Wenn aber die Herren Unternehmer bei einer Aussperrung Tausende ihrer Arbeiter ohne deren Verschulden auf die Straße werfen, so ist das natürlich keine schmachvolle Handlungsweise, sondern „berechtigtes Geschäftsinteresse“.

So stoßen wir überall im wirtschaftlichen Leben auf zweierlei Moral und zweierlei Recht und es leuchtet klar ein, daß sich in diesem Doppelcharakter von Moral und Recht der innere Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit deutlich widerspiegelt.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Der Einfluß der Syndikatsbildung auf Streiks: Vereinigung der Unterachmer, Vorratbildung, Verlängerung der Liefertermine, Stilllegung schwächerer Zechen, Interesse der Kohlenverarbeitenden Industriellen und öffentliche Meinung. — Statistik.

Inwiefern gibt die kapitalistische Syndikatsbildung den Streikbewegungen einen besonderen Charakter und Verlauf? Vielleicht sammeln wir in diesen Wochen reichere Erfahrungen darüber als je. Ueber manche notwendige und wahrscheinliche Folgen und Begleiterscheinungen des Kohlen Syndikats wird man jedoch heute schon sprechen können.

Eine Einigung der Grubenherren gegenüber den sich anbahnenden Arbeitskräften brachte kein Syndikat erst herbeizuführen. Diese kapitalistische Solidarität war in Rheinlands-Bezirken stets vorhanden, und in sofern hat sich seit dem Streikjahr von 1889 nichts in der Kampfmethode beider Parteien geändert. Das Ausspielen eines Betriebes oder eines Grubenbezirks gegen den anderen stand tatsächlich von jeher schon deshalb außer Frage, weil der Einzelstreik sofort allgemeine Ausdehnung gewann, die gewöhnliche Forderung der Unternehmer also durch die ganze Kampferweiterung gegeben war. Man kann also höchstens davon sprechen, daß durch die im voraus fertig gegebene Organisation, durch die engere und festere Fühlungnahme der Unternehmer das Kapital abwehrlicher und schlagfertiger geworden sei. Doch wird auch das angefaßt der alten gut funktionierenden Interessenten-Verbände der rheinisch-westfälischen Schieferkohlenbauern von besonderem Belang sein. In der Tat hat jedoch das Syndikat die eigentlichen Ausnahmemaßnahmen dem altbekannten „Berein für die bergmännischen Interessen“ zugesprochen.

Das eine andere wichtige Merkmal ist die hochentwickelte Syndikatsbildung, die die Position des Kapitals gegenüber Streikbewegungen schwächt. Jedes Syndikat wendet sich gegen blinde Ueberproduktion, um die Preise des Erzeugnisses nicht sinken zu lassen; und gerade das Kohlen Syndikat mußte weiter noch eine ungleichmäßig enge Anpassung der Vorräte an den Absatz erreichen, weil gelagerte Kohlen schon durch die Zeit eine stark unzeitliche Entwertung erleiden, vor den beträchtlichen Lagerkosten, von Ergänzungsgefahr und schließlich ganz abgelehnt. Große Vorräte, von denen man ohne Fortsetzung der Produktion lange Zeit zehren kann, widersprechen also eigentlich dem Syndikatsgedanken. Andererseits ist man den jetzigen Streik für Monate voraus; man konnte also außerordentlich weitgehende Maßnahmen treffen und auf vorübergehende ebenso große Vorräte hinwirken. Wie sind tatsächlich hier die Dinge verlaufen? Es ist bekannt, daß die Vorräte darüber vollständig auseinander gehen. Manche Streikenden sind dabei laut geworden: den Grubenbesitzern käme im Augenblick eine Räumung ihrer Vorräte gerade recht. Aber in der „Welt“ wird gleichzeitig von lediglich 60 000 t Kohlen Vorräten gesprochen, das geht von vorne, nicht größer, als zu Anfang des Jahres der dreizehnte

Verband der Essener Eisenbahndirektion sich stellte (täglich etwas über 19 000 Wagen). Warum sind, zum Teil unter den Rücksicht-beteiligten selber, sofort eine ganze Reihe Kohlenkonsumierender Betriebe in Stillstand geraten? Warum hat sich der tägliche Kohlenverbrauch Oberlandes sofort von 6000 auf 7400 Wagen gehoben? Warum haben die böhmischen Kohlenindustriellen begonnen, Süddeutschland und Sachsen stärker zu versorgen? In der Tat scheinen nur in Hamburg und vielleicht noch Stettin starke Ansammlungen, freilich englischer Kohlen, zur Hand zu sein. Alle Maßnahmen sind für lange Zeit auf große Vorräte zu fügen vermögen. Hier hat die Syndikatspolitik doch wohl eine Folge erzielt, die, in normalen Zeiten ein großer Vorteil für den Profit, in Zeiten der Kohlenkämpfe eher das Kapital schwächt.

Dafür hat das Syndikat einheitlich gewissen Rückschlüssen vorgebeugt, die sich sonst bei Streiks leicht einstellen: die Streikläufe — das Hin- und Hergehen der einzuhaltenden Liefertermine bei der Produktionsunterbrechung durch Streiks — ist kaum irgendwo so umfassend durchgeleitet wie in den kontraktlichen Beziehungen zwischen Kohlenproduzenten und Kohlenabnehmern. In dem Vertrag des Syndikats mit den Händlern findet sich stets die folgende Bestimmung: Betriebsstörungen und Betriebsbeschränkungen, Arbeiterausfälle, gleichviel ob solche durch Vertragsbruch oder infolge von vorausgegangenen Störungen eintreten, höhere Gewalt jeder Art entbinden für die Dauer und den Umfang der dadurch notwendig werdenden Einschränkung von der Lieferung im Verhältnis der Verringerung der Herstellung in den einzelnen Sorten. . . . und findet Nachlieferung nicht statt.“ Die sonst so häufigen und schwerwiegenden Erschütterungen und Konventionalstrafen wegen Nichterfüllung von abgeschlossenen Lieferverträgen kommen hier kaum in Betracht. Insofern wirkt das Syndikat für die Grubenherren allerdings wie eine Versicherung, um ungeschädigt länger auszuhalten zu können.

Auch sonst werden manche bekannte und unvermeidliche Folgen großer Streiks sich innerlich der Syndikatsordnung voraussichtlich anders abspielen. Jeder große Streik erschüttert in erster Linie die schwachen Betriebe. Nun verhärtete das Kohlen Syndikat schon lange die Tendenz zur Angliederung relativ schwächerer Zechen an die großen Grubenbesitzer, und zwar unter Stilllegung der verschludeten Betriebe. Die Großen erwarben eigentlich nicht die kleinen Betriebe, sondern nur deren Beteiligungsscheine; dieses Kontingent schlugen sie ihrem eigenen Kontingent zu, das Mehrforderungsrecht übertrugen sie jedoch auf ihre alte Produktionsstätte, der neu gewonnenen Betrieb ging ein. Das sind ganz eigenartige Züge der kapitalistischen Konzentration innerhalb des Syndikatsrahmens. Und hier wird der Streik den oben auf schwimmenden Großkapitalisten wahrscheinlich als Vorwand dienen, die letzten Rückschlüssen auf das Kleinbürgertum und die Gemeinverwaltungen fallen zu lassen. Was man in ruhigen Zeiten nur bis zu einer gewissen Grenze wagte, das wird man nächstens bis zum äußersten betreiben, denn mancher kapitalistische Betrieb wird nunmehr zum Strampfen doppelt werden; es heißt also, beiziten zum zugreifen. Alle Beschwerden hierüber wird man auf den geduldeten Rücken der Arbeiter abladen, während in Wahrheit die „Beteiligung“-Regelung des Syndikats diesen Zerlegungs- und Fortschrittsprozess hervorruft. Doch für die Ausdehnung eines Streiks ist auch das zunächst gleichgültig, es betrifft nur die Zeiten, die hinter den Streiks liegen.

Weiter ist bei jedem Streik die Haltung des „großen Publikums“ nicht ohne Einfluß. Hat hier das Syndikat die Lage des Grubenkapitals, wie sie sonst sein würde, verbessert oder verschlechtert? Wir wissen alle, daß das große Publikum, das von der bürgerlichen Presse gegängelt wird, der denkbar unangenehmste Faktor ist, in der Regel jedoch Arbeiterkämpfe mit ebenso viel Unverständnis wie innerlicher Abneigung gegenübersteht; nach einiger Zeit schlägt sogar meist der blinde Haß gegen alles, was die heutige fette Ordnung stört, wieder durch. Immerhin hat die Syndikalisierung und die jahrelange Stasis des Syndikats die Werkschließung oder gar die Beliebigkeit der Bergherren des Westens keinesfalls gesteigert. Im Gegenteil, was man früher als ansehndes unvermeidliche Folge der freien Konkurrenz ruhig und geduldig hinnahm, das wird heute unter der Flagge des Syndikats eher auf größeren Widerstand stoßen — bei den Kohlenverarbeitenden Industriellen, bei dem noch freien Kohlenhandel, bei der großen Masse der gewöhnlichen Kohlenkonsumenten, schließlich sogar bei der Regierung, die letzten recht angenehme Erfahrungen anlässlich der geplanten Oubertina-Verkaufung machen konnte. In einem sehr sachkundigen und beachtenswerten Artikel des „Hamburger Echo“ wird daran erinnert, daß nach dem Streik von 1889 die Südkohle in Dortmund von 6,40 Mk. auf 12,90 Mk. stieg; eine Dividende wurde 1890 gezahlt, wie man sie früher nie gekannt, und die Kurse der Kohlenaktien stiegen 1890 dreimal so hoch wie 1888. In seinem Zirkular, in welchem zur Gründung des Kohlen Syndikats angefordert wurde, pries der bekannte Kirdorf, der Direktor des Bergwerks Selsingen, den Streik als rettende Tat.“ Das mag für die Vergangenheit alles zutreffen. Für die Gegenwart jedoch und für das (1896 gegründete) Syndikat dürfte ein solches Spiel sich wesentlich schwerer gestalten. Die eine, den Arbeitern gegenüber geschlossene kapitalistische Klasse, würde sofort in sich klar bestehende Bestandteile zerfallen, das Syndikat würde sofort die schärfste Gegenwehr — der deutschen Industrie selber nachrufen, wenn es möglich wäre, so rechnen wollte, wie 1890, nach der obigen Darstellung, Herr Kirdorf.

Zu großen und ganzen sehen wir daher in der Zeit dem letzten großen Bergarbeiterstreik durchgeführten Syndikatsbildung keine Ursache, die uns mehr als sonst im Arbeiterinteresse bangen machen könnte. Die Syndikalisierung löst selbstverständlich manche neuen Wirkungen aus, die auch den Lohnkampf und seine Ergebnisse betreffen; ausschlaggebende Entscheidungen im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit dürfte sie jedoch — im Vergleich zu dem Verhältnis bei freier Konkurrenz unter den Produktionsmittelbesitzern — kaum im Gefolge haben.

Zu Anschlag seien einige hierher gehörige statistische Ziffern mitgeteilt, die leider im Augenblick nur bis Ende November 1904 verfügbar sind.

Vom 1. Januar bis Ende November 1904 hat nach der amtlichen Statistik eine wesentliche Produktionssteigerung beim Bergbau stattgefunden. Man produzierte in Deutschland während des bezeichneten Zeitraums:

|  | 1902       | 1903        | 1904        |
|--|------------|-------------|-------------|
|  | Zo.        | Zo.         | Zo.         |
| Steinkohlen . . . . .  | 97 827 672 | 106 714 278 | 109 633 117 |
| Braunkohlen . . . . .  | 39 069 114 | 41 624 043  | 44 233 883  |
| Saße . . . . .   | 8 328 793  | 10 569 084  | 11 244 023  |
| Erzlets und Kupfererz  |            |             |             |
| Erze . . . . .   | 8 370 372  | 9 531 359   | 10 422 835  |
| Das Ausfuhrmehrer (der Uebersehns der Ausfuhr gegen die gleichzeitige Einfuhr) war zuletzt etwas zurückgegangen. So betrug (in Tonnen, abermals vom 1. Januar bis Ende November) |            |             |             |
| bei der Steinkohle   | 1901       | 1903        | 1902        |
| die Einfuhr  | 6 644 708  | 6 252 863   | 5 855 231   |
| die Ausfuhr  | 16 223 922 | 15 978 243  | 14 526 708  |
| bei der Braunkohle   |            |             |             |
| die Einfuhr  | 6 953 522  | 7 377 329   | 7 273 425   |
| die Ausfuhr  | 20 818     | 22 145      | 19 887      |
| bei dem Salz   |            |             |             |
| die Einfuhr  | 482 857    | 390 396     | 333 178     |
| die Ausfuhr  | 2 491 319  | 2 316 889   | 1 963 603   |

bei den Salz- und Torfsohlen die Einfuhr 114 651 77 029 73 436 die Ausfuhr 828 661 804 861 615 739 Das Ausfuhrmehrer betrug also bei den Steinkohlen 1903 9 724 986 To. 1904 9 588 854 Jedenfalls ist, von den recht minimalen Schwankungen bei den anderen Brennstoffen abgesehen, fast die ganze Mehrproduktion als Mehrzufuhr für den deutschen Markt zu buchen. Die Frage ist nur, wie weit der industrielle Mehrbedarf diese Mengen verbraucht hat und wie weit eine größere Vorratbildung eingetreten ist. Darüber läßt uns die Statistik im Stich, doch scheint uns, wie erwähnt, die Ansammlung besonders großer Vorräte nicht gerade wahrscheinlich. Berlin, 15. Januar 1905. Max Schippel.

### Soziale Rundschau.

— Farbenfabriken und Kohlenzechen. Die erst jüngst gegründete Farbenfabriken-Interessengemeinschaft ist mit den Zechengesellschaften, welche ihr die zur Herstellung ihrer Farben nötigen Zeererzeugnisse liefern, in Konflikt geraten. Sie wollte, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, den Preis dieser Erzeugnisse herabdrücken. Die Zechen haben aber demgegenüber sich ebenfalls zu entsprechenden Maßnahmen entschlossen. Es ist die Bildung einer besonderen Vereinigung zum Zwecke der Erbauung einer Zeererzeugnis-Fabrik mit einem Kapital von 5 Millionen Mark im Aussicht genommen. Werden sich auch nicht alle in Betracht kommenden Zechen dem geplanten Unternehmen anschließen, so doch der größte Teil und zwar unter Führung der Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft.

— Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Die Ausweise der öffentlichen Arbeitsnachweise für den letzten Monat des vergangenen Jahres bestärken den ungünstigen Eindruck, den der Verlauf des Arbeitsmarktes während der zweiten Hälfte des Jahres 1904 gemacht hat: von Monat zu Monat nahm der Grad der Besserung gegen 1903 ab, so daß im Monat Dezember der Anbruch von Arbeitsuchenden am Arbeitsmarkt kaum noch geringer war als im Jahre 1903. Während an den öffentlichen Arbeitsnachweisen im Dezember 1903 auf je 100 offene Stellen 164,8 Arbeitsuchende kamen, waren es im Dezember 1904 163,7. Das Sprüde des Arbeitsmarktes sieht damit in scharfem Gegensatz zu der allgemeinen Beobachtung, wonach das Weihnachtsgeschäft 1904 günstiger verlaufen ist als 1903. Die Zahl der vorübergehend zur Bewältigung des Weihnachtsgeschäftes eingestellten Hilfskräfte hätte eine stärkere Verringerung des Angebotes, vor allem in den Großstädten, erwarten lassen; dies um so mehr, als 1904 erheblich mehr solcher Hilfskräfte eingestellt wurden als in den früheren Jahren. Wenn durch diese Entlastung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt die Gesamtlage trotzdem nicht stärker beeinflusst worden ist, der Anbruch vielmehr fast ebenso groß war wie im Dezember 1903, so rührt dies namentlich von der stärkeren Mattigkeit im Baugewerbe her. Im Herbst 1903 wurden in zahlreichen Städten noch viele Bauten in Angriff genommen, die einen bemerkenswerten Teil der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter auch im Dezember Arbeitsgelegenheit boten. Vereinzelt herrschte im Dezember 1903 geradezu starke Nachfrage nach Bauarbeitern. Im Jahre 1904 fehlte eine eigentliche Nachsaison, und das Angebot vom Baugewerbe her nahm daher weit stärker zu als im Jahre zuvor. Im Kohlenbergbau waren die Förderungsverhältnisse im großen und ganzen normal, dagegen trat infolge der immer stärker anwachsenden Unzufriedenheit der Belegschaften über die Provokationen der Zechenverwaltungen eine Benennung des Arbeitsmarktes ein.

Der Arbeitsmarkt im Eisenwerke schloß so ziemlich gleich ungünstig wie 1903. Vereinzelt zeigte sich etwas Nachfrage nach Metallarbeitern, im allgemeinen aber war die Beschäftigungsgelagenheit noch immer nicht befriedigend. Die Rohstoffgewinnung zeigt eine Abnahme gegenüber 1903, die Eisen- und Stahlwerke waren zwar mit Aufträgen versehen, nahmen aber nur wenig Neueinstellungen vor. Von den weiterverarbeitenden Industriezweigen war wirklich fast nur die Elektrizitätsindustrie beschäftigt. Im übrigen war die Arbeitsgelegenheit sehr ungleichartig, es fand ein starker Arbeiterwechsel statt, bei dem das Angebot von Arbeitsuchenden erheblich stärker blieb als die Nachfrage. Dazu kam noch, daß in der zweiten Hälfte des Monats Dezember infolge der Feiertage und der sich daran anschließenden Inventurarbeiten die Tätigkeit in den Betrieben stark ermattete. Nachgelassen hat der Beschäftigungsgrad auch im Holzgewerbe; vor allem gab es in der Möbelfabrikation nur wenig zu tun. Vergleichsweise günstig gestaltete sich der Geschäftsgang im Textilgewerbe. Für die Leinwandindustrie, die Strumpfabrikation und auch für das Seidengewerbe lagen reichliche Aufträge vor. In Chemnitz z. B. waren für den Dezember noch zahlreiche Bestellungen auf Strümpfe zu sehr knappen Lieferfristen eingegangen, so daß der Beschäftigungsgrad sich ganz wesentlich erhöhen konnte. In der Lausitz mußte vielfach mit Ueberstunden gearbeitet werden.

### Vom sozialen Kampfplatze.

— Die Steingutfabrik zu Sörnewitz bei Dresden legte einer Anzahl Verbandsgenossen einen Revers vor, nach dem sie ihren Austritt aus der Organisation erklären sollen. Außerdem wurde ein Lohnabzug von 2 Pf. die Stunde vorgenommen. Dieser Abzug soll am ersten November eines jeden Jahres zurückgezahlt werden, und zwar an die Arbeiter, die noch da sind. Wer in der Zwischenzeit infolge der miffligen Arbeitsverhältnisse gegangen oder gegangen worden ist, der ist selbstverständlich das Geld los. Es handelt sich somit um einen Lohnabzug in des Wortes vollster Bedeutung. Die gezahlten Löhne betragen 16, 16,25, 16,50 und 17 Mk. Das sind Löhne für Familienväter, und da magt man es noch, Abzüge zu machen? Als ob ein Familienvater von einem derartigen Lohne auch nur einen Pfennig entbehren könnte. Rechnen wir den Arbeitstag zu 10 Stunden, dann haben die Kollegen, die heute 16 Mk. verdienen, einen wöchentlichen Abzug von 1,20 Mk. zu erleiden, d. h. sie haben dann einen Wochenlohn von 14,80 Mk. zu erwarten. Davon gehen nun noch Krankentafeln- und Invalidenbeiträge ab, dann bleiben den Kollegen 14 Mk. und einige Groschen. Hat der Direktor, dem diese schlimme, arbeiterfeindliche Maßnahme zu verdanken ist, sich auch nur einen Augenblick die Frage vorgelegt: was sollen Familienväter mit einem solchen Quanzereinkommen anfangen? Ohne Zweifel hat er das nicht getan. Denn dann hätten ihm Bedenken aufsteigen müssen, die ihn schließlich an der Ausführung eines so schädlichen Beginnes gehindert hätten. Wie der Lohnabzug schädlich, so kindisch



ist das Borgehen gegen die Organisation. Denkt der Herr sich denn eigentlich mächtig genug, dem Rade der Zeit sich mit Erfolg entgegen stemmen zu können? Eitles Unterfangen. Wie die Organisationen dem Anführer der Unternehmer bislang noch immer mit Erfolg Trost geboten und an Stärke und Umfang zugenommen haben, so wird auch die Leitung der Sörnewitzer Steingutfabrik die Erfahrung machen, daß auf einen entlassenen Verbandsgenossen drei andere kommen, daß eines Tages, ohne daß sie es merkt und trotz der erprehten Unterschriften, der Betrieb mit organisierten Arbeitern besetzt ist, und dann werden ihre die Bestrebungen, den Arbeitsvertrag nach astatischen Grundsätzen festsetzen zu wollen, ausgetrieben.

**München.** Erfolge der Organisation! Trost dem in München 10.000 Arbeitslose vorhanden sind, ist unsere Organisation unermüdet tätig, um für unsere Kolleginnen und Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, und wir haben im ersten Monat des neuen Jahres schöne Erfolge zu verzeichnen.

Nach wiederholter Unterhandlung mit der Leitung unseres Parteiblattes wurde folgender Vertrag abgeschlossen:

- Vertrag.**
- Zwischen dem Verlag der „Münchener Post“ und der Geschäftsstelle des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, beide in München, ist folgender Vertrag vereinbart:
1. Den Zeitungsträgerinnen wird ein Mindestlohn von 20 Mk. garantiert.
  2. Von den Monats-Abonnenten erhalten die Trägerinnen 20 Pf., von den Wochen-Abonnenten 5 Pf. pro Exemplar. Der Vertrieb anderer Zeitungen als die „Münchener Post“ ist den Trägerinnen nicht gestattet.
  3. Für das Abholen der Zeitung bei mindestens 100 Exemplaren erhalten die Trägerinnen 3 Mk. pro Monat.
  4. Die Versicherungsbeiträge werden ohne Abzug von der Firma bezahlt.
  5. Die Arbeitsvermittlung geschieht ausschließlich durch die Geschäftsstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter, Anstellung und Entlassung der Trägerinnen durch den Verlag der „Münchener Post“.
  6. Die Firma verpflichtet sich, die unorganisierten Trägerinnen, sofern dieselben sich nicht der Organisation anschließen, zu entlassen.
  7. Bei verspätetem Erscheinen der „Münchener Post“ wird dieses durch eine Notiz in der nächsten Nummer den Abonnenten bekannt gegeben, insofern die Verspätung der Ausgabe eine Stunde oder mehr ausmacht.
  8. Im Krankheitsfalle einer Trägerin wird eine Ausbühle eingestellt, welche aber nach Genesung der Trägerin entlassen wird, so daß die frühere Trägerin ihre Tour wieder bekommt.
  9. Etwaige Differenzen zwischen der Firma und den Trägerinnen werden nur durch die vertragsschließenden Parteien geregelt.
  10. Die Verteilung der Abonnenten an die Trägerinnen geschieht von der Firma turnusmäßig.
  11. Vorstehender Vertrag hat von dem Tage der Unterzeichnung der vertragschließenden Parteien bis zum 1. April 1907 Gültigkeit.
  12. Derselbe gilt jeweils ein Jahr weiter, wenn nicht zwei Monate vorher von einer vertragschließenden Partei Aufkündigung erfolgt.
  13. Der Geschäftsverkehr zwischen dem Verlag der „Münchener Post“ und den Trägerinnen wird durch eine besondere, vom Verband genehmigte Geschäftsordnung geregelt, die von jeder Trägerin durch Unterschrift anzuerkennen ist.
- München, den 20. Januar 1905.

G. Birk u. Co.

Für die Organisation: Karl Gammel.

Ebenso wurde mit der Bettfedernfabrik Schöpplich u. Adler folgender Tarifvertrag abgeschlossen:

**Tarif-Vertrag.**

Zwischen der Firma J. Schöpplich u. Adler und dem Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle München, wird folgender Tarif-Vertrag geschlossen:

**I. Allgemeine Bestimmungen.**

1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr mit 1 1/2 stündiger Mittagspause und 1/2 stündiger Vor- und Nachmittagspause.
2. An Sonn- und Feiertagen wird die Arbeit um 5 Uhr beendet mit Bezahlung bis 6 Uhr.
3. An den nichtgesetzlichen Feiertagen wird von früh 6 Uhr bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet. Hierfür erhalten die Arbeiterinnen und diejenigen Arbeiter, die im Tagelohn beschäftigt sind, den gewöhnlichen Tagelohn.

**II. Löhne der männlichen Arbeiter.**

1. Der Monatslohn für männliche Arbeiter mit monatlicher Bezahlung beträgt 87 Mk.
2. Tagelöhner erhalten in den ersten vier Wochen 3,20 Mk. Tagelohn bei achtstündiger Kündigungspflicht, von der fünften Woche an wird ein Wochenlohn von 20 Mk. bezahlt, und beträgt die Kündigungsfrist 14 Tage.
3. Für Ueberstunden wird 35 Pfg. pro Stunde vergütet.
4. Den monatlich angestellten Arbeitern wird bei einer Mindestbeschäftigungsdauer von einem Jahr im Sommer ein Urlaub von vier Tagen mit Bezahlung gewährt.

**III. Löhne der Arbeiterinnen.**

1. Der Mindestlohn für Arbeiterinnen beträgt für die ersten 14 Tage 1,40 Mk. pro Tag.
  2. Die bestehenden Lohn-Kategorien werden festgesetzt auf: a) 1,55 Mk., b) 1,65 Mk., c) 1,75 Mk. pro Tag. Vorliegender Tarifvertrag in doppelter Ausführung erhält durch gegenseitige Unterschrift rechtskräftige Gültigkeit. Die Dauer des Vertrages beträgt 2 Jahre. Falls einen Monat vor Ablauf desselben keine Kündigung erfolgt, läuft der Vertrag stillschweigend 2 Jahre weiter.
- München, 1. Februar 1905.

Schöpplich u. Adler.

Für die Organisation: Karl Gammel.

Kollegen und Kolleginnen! Seht, was durch eine fromme Organisation zu erreichen ist, aber nur dann, wenn der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin dem Verband angehören, wie es hier der Fall. Also hinein in die Organisation!

In Schönebeck sind auf der Rafffabrik von dem Herrn Betriebsleiter Ulrich Schmalz alle vorgenannten worden. Der Abzug beträgt 15-20 von hundert. Die Kollegen sahen durchaus nicht ein, daß ihre Bezahlung so glänzend, um sich einen solchen Abzug gefallen lassen zu können. Aber in 76 Stunden 27 Mk. verdient, ist gewiß nicht zu glänzend bezahlt, zumal eine so lange Arbeitszeit ja auch erheblich mehr Aufwand für Ernährungskosten erfordert. Die Kollegen setzten nun alles in Bewegung, um diesen Lohnabzug abzuwehren. Unterhandlungen mit dem Betriebsleiter wurden beschlossen und ein Kollege beauftragt, mit dem Direktor zu verhandeln. Der Herr wohnte in Gütten. Die Stellung des Herrn in der fraglichen Angelegenheit war nun mindestens sehr sonderbar. Er lehnte zunächst einen Ausgleich ab. Damit aber nicht genug; der Kollege, der im Auftrag seiner Mitarbeiter an die bessere Einsicht, an das arbeiterfreundliche Gewissen des Herrn Direktors appellieren sollte, erhielt die Entlassung. Die Moral? Die Annahme der

Arbeiter, ein Betriebsleiter könne noch menschlichen Fragen zugänglich gemacht werden, muß ein Mitarbeiter mit der Entlassung lächeln. Es würde dem Ansehen der chemischen Industrie und der der Rafffabrik viel förderlicher sein, wenn man weniger von derartigen Maßnahmen berichten müßte. Da die Kollegen sich durch die Entlassung nicht in das Bodenhorn jagen ließen und weiter auf Verhandlungen drangen, bequeme sich alsdann die Direktion, den geplanten Abzug auf die Käste zu verringern.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**— Bestrafung von Matrone.** In Ludwigshafen war im Sommer des verfloffenen Jahres der zweite Bevollmächtigte flüchtig geworden unter Mitnahme einer Geldsumme von über tausend Mark. Der ungetreue Mensch wurde ergriffen und hatte sich wegen seiner frevelhaften Handlungsweise zu verantworten. Er erhielt 5 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 10 Wochen Untersuchungshaft.

**Bilanz der Abrechnung.**

|                                     |                       |
|-------------------------------------|-----------------------|
| <b>Einnahme in den Zahlstellen:</b> |                       |
| Bestand vom vorigen Quartal         | 7 242,74 Mk.          |
| Eintrittsgeld                       | 3 298,80              |
| Beiträge à 30 und 20 Pf.            | 107 153,45            |
| Beiträge à 20 und 10 Pf.            | 6 227,50              |
| Beiträge à 10 Pf. nach § 6 Abs. 7   | 354,80                |
| Durch Streikmarken gingen ein       | 614,70                |
| Sonstige Einnahmen für Streiks      | 25,-                  |
| Zuschuß aus der Hauptkasse          | 10 161,35             |
| Sonstige Einnahmen                  | 278,28                |
| <b>Summa:</b>                       | <b>135 356,62 Mk.</b> |
| <b>Ausgabe in den Zahlstellen:</b>  |                       |
| Reiseunterstützung                  | 1 336,26 Mk.          |
| Rechtschutz                         | 411,75                |
| Gemahregeltestenunterstützung       | 3 065,95              |
| Umzugsgeld                          | 2 803,30              |
| Sterbegeld                          | 2 207,80              |
| Streikunterstützung                 | 14 995,69             |
| Postausgaben                        | 28 291,42             |
| In den Zahlstellen zurückbehalten   | 7 106,73              |
| Abgeschickt an die Verbandsklasse   | 75 137,72             |
| <b>Summa:</b>                       | <b>135 356,62 Mk.</b> |

**Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.**

|   |                       |
|---|-----------------------|
| <b>Gesamt-Einnahme:</b>                           |                       |
| Kassenbestand vom vorigen Quartal                 | 244 984,68 Mk.        |
| Von den Zahlstellen eingelaufen                   | 75 137,72             |
| Ohne Abrechnung eingelaufen                       | 111,61                |
| Gewerkschaften, Streikunterstützung zurückbezahlt | 46,12                 |
| Grünau,   | 38,78                 |
| Sonderburg,                                       | 15,50                 |
| Erbenheim,  | 6,-                   |
| Bornhördt,  | 50,-                  |
| Gau 4,  | 48,45                 |
| Gau 4,  | -07                   |
| An freiwilligen Zuwendungen für Streiks           | 15,-                  |
| Postabonnement 3. Quartal 1904                    | 11,33                 |
| Beiträge von Einzelmitgliedern                    | 169,75                |
| Für Protokolle                                    | 164,95                |
| Für Inserate                                      | 54,40                 |
| Sonstige Einnahmen                                | 26,98                 |
| <b>Summa:</b>                                     | <b>320 901,34 Mk.</b> |
| <b>Gesamt-Ausgabe:</b>                            |                       |
| An Streikunterstützung                            | 38 620,25 Mk.         |
| An den Bauarbeiterverband                         | 500,-                 |
| An gemahregeltest Mitglieder                      | 273,25                |
| An Sterbegeld                                     | 158,40                |
| An Rechtschutz                                    | 163,90                |
| An Reiseunterstützung                             | 4,-                   |
| An Reichslands-Unterstützung                      | 273,80                |
| An Schriftstellerhonorar                          | 26,-                  |
| An Gehältern                                      | 1 606,42              |
| An Versicherungsbeiträgen                         | 96,12                 |
| Beiträge an die Generalkommission 1. Qu. 1904     | 1 449,40              |
| An Verbandsstageskosten                           | 7 927,95              |
| Für Agitation                                     | 8 918,69              |
| Für Verlag des „Proletarier“ Nr. 14-20            | 1 399,25              |
| Für Druck des „Proletarier“ Nr. 14-19             | 3 486,30              |
| Für Druckarbeiten                                 | 2 972,05              |
| Für Buchbinderarbeiten                            | 137,99                |
| Für Bindfäden, Lederpappe, Pergament              | 70,40                 |
| Für Zeitungsabonnement                            | 17,01                 |
| Für Ausschüsse im Bureau                          | 117,-                 |
| Für „Oswiata“ und „Operato Italiano“              | 105,64                |
| Für Zahlstellen-Revision                          | 4,20                  |
| Für Revision der Hauptkasse                       | 132,50                |
| Ergänzung der Verbandsbibliothek                  | 9,-                   |
| Entschädigung für Reisiger und Revisoren          | 87,50                 |
| Entschädigungen an den Ausschuss                  | 7,-                   |
| Bureau-Miete und Reinigung                        | 73,-                  |
| Wort- und Briefgeld                               | 627,62                |
| Nicht eingegangene Gelder                         | 145,34                |
| Zuviel eingekassiertes Geld zurückbezahlt         | 11,-                  |
| Zuschuß an die Zahlstellen                        | 10 161,35             |
| <b>Summa:</b>                                     | <b>74 482,13 Mk.</b>  |

**Bilanz:**

|                             |                       |
|-----------------------------|-----------------------|
| Gesamteinnahme              | 320 901,34 Mk.        |
| Gesamtausgabe               | 74 482,13             |
| <b>Reibet Kassenbestand</b> | <b>246 419,21 Mk.</b> |

Hannover, den 13. Januar 1905.

Aug. Brey, 1. Vorsitzender. Heinrich Sack, 2. Vorsitzender.

Erst. Revisor. Fritz Bruns, Kassierer.

Die Revisoren: Carl Bauer, Ferdinand Philipp, Carl Senck.

**Korrespondenzen.**

**Breslau.** Am Sonntag, den 15. Januar, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Quartalsversammlung ab, die sehr gut besucht war. Herr Arbeitersekretär Reusch hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Wert und die Bedeutung der Streikunterstützung, besonders hervorhebend, daß der geringe Beitrag, den die organisierten Arbeiter zu zahlen haben, sich doppelt und dreifach verzins, wenn man bedenkt, so ohne Sekretariat die Einzelkämpfer in Anspruch nehmen zu müssen, die dreimal so teuer seien und noch dazu oft falsche oder ungenügende Auskunft erteilen. Kollege Joppich gab hierauf den Bericht vom letzten Quartal. Er schilderte, wie schwer es sei, unter den Kollegen am hiesigen Orte zu agitieren, weil dieselben den Verhältnissen entsprechend der Sache teilnahmslos gegenüber stehen. Es sind seit Gründung des Zahlstellen 27 Betriebs- oder Branchenversammlungen abgehalten worden, welche ja zum größten Teil von Erfolg begleitet waren, so daß wir am Schluß des Quartals rund 182 Mitglieder zählten, darunter 27 weibliche. Redner verlangt, daß die Mitglieder ihn mehr unterstützen, denn jeder soll ein gutes Mitglied, aber auch ein tüchtiger Agitator sein. Den Kassenbericht gab Stäfel. An Beiträgen wurden 211,20 Mk. ein-

genommen. Für Materialien, Agitation usw. wurden 185,44 Mk. ausgegeben, auch wurden 18,50 Mk. Gemahregeltesten-Unterstützung gezahlt werden. Leider sind die Ausgaben hoch, weil wir ein Defizit bei einem Bergbau haben müssen.

**Bromberg.** Eine öffentliche Versammlung für in Fabriken beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 15. Januar im Saale des Herrn Koppe statt. Trotz intensiver Agitation des aus Stettin erschienenen Generalsekretärs, Kollegen Wiesenbühler, und des 1. Bevollmächtigten der Zahlstelle Bromberg, Kollegen Sahl, war die Versammlung leider nicht so gut besucht, als es das auf die Tagesordnung gesetzte Referat verdient hätte. Der Referent, Kollege Wiesenbühler, rügte auch in erster Linie die Interesslosigkeit der Arbeiter am Orte und entledigte sich seiner Aufgabe über die Frage: „Was will die Gewerkschaftsbewegung?“ in 1 1/2 stündigem Vortrage in wacker Weise. Nachdem ging Referent Kollege Wiesenbühler ausführlich auf unser Unterstützungswesen ein und erläuterte der Versammlung die Vorteile, die aus dem Beitritt zum Verbande dem einzelnen erwachsen. In der darauffolgenden Pause ließen sich auch 8 neue Mitglieder aufnehmen. In der Diskussion bewegten sich die Ansprachen der einzelnen Redner im Rahmen des Referats und schloß der Vorsitzende nach einem kernigen Schlußwort und energischem Appell des Referenten an die Anwesenden mit einem dreifachen, von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung.

**Danzig.** Am Donnerstag, den 19. Januar, tagte in Schiedlich eine öffentliche Versammlung aller Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Kollege Wiesenbühler-Stettin sprach über das Thema: „Die Entwicklung der Organisation der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen und ihr Ausbau.“ Der Referent vertrat es, den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen und speziell sei die Fabrikarbeiterorganisation von sehr großer Bedeutung, daher solle es doch keinen Zweifel unterliegen, und die Arbeiter sollten sich doch endlich einmal aufraffen, um endlich auch hier einmal ihre Verhältnisse zu schaffen. Redner kam dann auf den gewöhnlichen Bergarbeiter frei zu sprechen und führte dann die einzelnen Leistungen seit Gründung des Verbandes an. Nach Schluß der Versammlung ließen sich eine Anzahl Kollegen aufnehmen.

**Fechenheim.** Ueber: „Freie und christliche Gewerkschaften“ sprach in unserer Mitglieder-Versammlung am 24. Januar Kollege Zielowsky aus Frankfurt a. M. Um dieses interessante Referat einem größeren Kreis zugänglich zu machen, waren auch die übrigen freien Gewerkschaften und außerdem die Mitglieder der hier seit langer Zeit bestehenden christlichen Gewerkschaft eingeladen worden. Letztere hatten der Einladung in ziemlich zahlreicher Folge gegeben und als Wortführer einen Herrn Thomas von Frankfurt sowie den Arbeitersekretär Oswald von Wschaffenburg zugezogen. Kollege Zielowsky verbreitete sich in eingehender Weise über genanntes Thema und kennzeichnete in treffenden Ausführungen die Umstände und Beweggründe, die zur Gründung christlicher Gewerkschaften in Deutschland geführt haben. Nicht um den Kapitalismus mit seinen gemeingefährlichen Auswüchsen zu bekämpfen, sei man an die Gründung dieser Organisationen herangetreten, sondern mit der Absicht, den ausstehenden freien Gewerkschaften die Arbeiter zu entfremden und fernzuhalten bezw. der Sozialdemokratie, weil der letzteren, als der einzigen Partei, welche die Arbeiterinteressen mit Nachdruck vertritt, die freien Gewerkschaften mit Recht gegenüber die Urheber der christlichen Gewerkschaften muß man die Herren Präsidenten in den katholischen und evangelischen Gewerkschaften betrachten, die im Interesse der bestehenden kapitalistischen Ordnung ein Interesse daran haben, daß eine Einigung aller Arbeiter mit einem gemeinsamen Streben nicht zustande kommt. Unfrieden und Zwiespalt in die Reihen der gesamten Arbeiterschaft zu tragen, darf man als die Hauptaufgabe der treibenden Kräfte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung betrachten; denn der Standpunkt, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Harmonie bestehe, läßt eine wirksame Agitation für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter nicht zu. Was von den christlichen Gewerkschaften unter Aufrechterhaltung solcher Aufassung zurzeit erreicht wird, ist infolge dessen recht minimal und unbedeutend. Einen erfolgreichen Kampf für die Arbeiterinteressen auszuführen, kann nur den freien Gewerkschaften, die die religiösen Momente ihrer Mitglieder vollständig außer Frage lassen, vorbehalten bleiben. Gelingt es den christlichen Gewerkschaften, sich im Laufe der Zeit auf den Standpunkt des Klassenkampfes zu stellen, ohne Rücksicht auf das religiöse Empfinden ihrer Mitglieder, so sollen sie uns als Bundesgenossen willkommen sein im großen Kampfe der Arbeiteremanzipation. In der anschließenden Diskussion bewährten sich sowohl Herr Thomas als auch Herr Oswald, verschleierte Vorlesungen des Referenten zu bestreiten, ohne indes hierbei sonderlich Erfolg zu haben. Sie konnten zur Rechtfertigung der christlichen Gewerkschaften nur das eine Moment ins Feld führen, daß sich freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie im gegebenen Falle solidarisch zu einander erklären und sich gegenseitig moralische und materielle Unterstützung nicht versagen. Dazu konnten sich gläubige Christen, als welche sie sich bezeichneten, nicht verstehen, weil sich bekanntlich die liberale und christlich-soziale Partei darin gefallen, die Sozialdemokratie als religionsfeindlich zu bezeichnen. In seinem Schlußwort referierte Kollege Zielowsky nochmals über Inhalt seines Referats und schloß an der Hand von Beispielen den Beweis für seine Behauptungen. Trotzdem wurde, angeleitet durch den Vorsitzenden, im ruhigen abspielenden gemeinsamen Kampfe aller Organisationen gegen die Grundbarone, auf beiden Seiten zum Frieden und zur Beträglichkeit gemahnt, damit die brennende Frage der Unterstützung der um ein gutes Recht kämpfenden Bergleute nicht in den Hintergrund gedrängt werde. Die Redner der christlichen Gewerkschaft betonten noch die Tatsache der freundlichen Aufnahme und der unbedingtesten Redefreiheit, die sie in der Versammlung gefunden, während von unserer Seite die Erwartung zum Ausdruck kam, daß wir im entgegengelegten Falle das selbe Entgegenkommen voraussetzen bei den Herren von der christlichen Gewerkschaft.

**Perzelsbe.** Eine öffentliche Volksversammlung tagte am 15. Januar bei Denge, Hauptstraße 57. Kollege R. Bruns-Berlin sprach über das Thema „Die Bedeutung des Jahreswendetages“. Redner vertrat es, den Teilnehmern der gutbesuchten Versammlung in einständigem Vortrage die sittlichen, familiären, wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Nachteile langer Arbeitszeit nachzuweisen, und die Vorteile einer verkürzten Arbeitszeit zu schildern. Nach dem Vortrage wurde die Gründung einer Zahlstelle beschlossen und die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.

**Kaiserlautern.** Zu der am 21. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Klement einen Vortrag über Arbeiterlöhne und Unternehmerprofite und führte aus, daß es festgelegt sei, daß unter den heutigen Arbeitsverhältnissen Löhne bezahlt werden, mit dem ein Arbeiter seine Familie nicht ernähren kann. Zum Ungern reichen die Löhne aus, aber zum Erhalten einer Familie sind sie unzureichend. Redner führte den Streik im Ruhrgebiet an; wie dort die Arbeiter geknechtet werden, so geschieht es überall, und so wie dort werden überall die Bergleute geknechtet. Das Großkapital hat sich überall konzentriert, und nach 10-15 Jahren werden wir nur noch mit Milliarden zu kämpfen haben. Die kleinen Aktionäre werden gezwungen, mehr Aktien zu kaufen, oder sie werden abgedrückt wie die Arbeiter. Man sucht und findet man in den weiblichen Arbeitskräften ein Ausbesserungsmittel, weil dieselben entsagungslos sind wie die männlichen. Die Leistungen sind bald dieselben, aber man kann weniger Lohn bieten. Die Aktiengesellschaften mühten eine ökonomische Abrechnung geben, damit die Arbeiter auch wüßten, was die Nichtstauer verdienen. J. B. habe die Lederfabrik



Frankenthal 30 Prozent Dividende verteilt. Unsere Konsumvereine mühten das Quantum, das jährlich verbraucht wird, festzustellen, wie hoch der allgemeine Verbrauch ist und was für Verbesserungen erzielt werden. Der Redner gibt einige Beispiele schlechter Behandlung von Arbeitern bekannt und wolle wir davon eins festhalten: Es war in der Kammergarnspinnerei, wo sich die Arbeiterinnen wegen schlechten Materials beschwerten. Darauf kam der Herr Direktor und stellte sich mit der Uhr in der Hand hinter die Arbeiter, um zu sehen, ob die Beschwerden auch wahr seien. Der hohe Herr meinte, einige Verbesserungen an den Maschinen würden das Personal mehr beschäftigen. Redner kommt auch auf unser Unterhaltungsweisen zu sprechen, von dem man nicht behaupten könnte, daß wir jetzt auch ausreichend unterhalten würden. Je höher die Beiträge der einzelnen Verbände seien, desto besser sei auch deren Unterhaltungsweisen ausgebaut. Was anderen Verbänden möglich sei, mühten auch wir suchen zu erreichen. Es müßte ein Ansporn für unsere Mitglieder sein, entsprechend dem Metallarbeiterverband voranzuschreiten, denn heute würden die Fabrikarbeiter mit Hohnschelten von den Arbeitgeber abgepeist, sobald sie Lohnerbhöhung verlangten. Es sei bedauerlich, daß die Hälfte der Mitglieder glaube, durch Beiträge zahlen sie man allen anderen Verpflichtungen entgehen und brauche keine Versammlungen zu besuchen. Hoffentlich sei der Winterurlaub jetzt bald vorüber und man erinnere sich an seine Ehre, mitzuhelfen.

**Kalk.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 22. Januar cr. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Generalstreik der Bergarbeiter. Es herrschte einstimmig die Meinung, daß es Pflicht sei, die Bergarbeiter nach besten Kräften zu unterstützen. Die Versammlung sagte denn auch den Beschluß, eine Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche und Mitglieder zu erheben. Die Mitglieder werden alle aufgefordert, diesen Extrabeitrag zu entrichten. Alle Gewerkschaftsmitglieder am Orte haben sich dieses Opfer auferlegt, da dürfen wir selbstverständlich auch nicht fehlen.

**Köln.** Die Schokoladen- und Zuckermarke-Mittelschicht-Gesellschaft Brüder Stollwerck ist durch ihren Reichtum und ihre Riesengewinne bekannt. Mit diesen im größten Widerspruch stehen aber Behandlung und Bezahlung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Insbesondere haben die Mädchen unter den dortigen Verhältnissen hart zu leiden. Fabrikmädchen, die mit 14 Jahren eintraten, erhalten im ersten halben Jahre einen Tagelohn von 60-85 Pf. Dann tritt ein rechtes Ausbentungsregime in Anwendung. Es ist ein Akkord- oder vielmehr Prämien-system. Die Mädchen wissen aber nicht, wie die Arbeit bezahlt wird. Für die nämliche Arbeit wurden einmal 12 Mk., das folgende Mal nur etwas über 8 Mk. bezahlt. Erst werden die Arbeiterinnen angefahren, mehr zu verdienen, und dann erhalten sie nur ihren Tagelohn. Ob eine Arbeiterin zur Verrichtung ihrer Notdurft austreten darf, hängt von der Gunst der Aufseherin ab. Von 11 Uhr bis mittags erhält überhaupt niemand die Erlaubnis zum Austreten. Zu alledem gibt es zwei Meister, die die jungen Mädchen prügeln. Vor Wochen kam es auf der Straße vor der Fabrik sogar zu einem Menschenanlauf, weil eine Mutter einen Meister zur Rede stellte, weil er ihre Tochter mißhandelt habe, als sie nur aus Versehen einer anderen Arbeiterin etwas aus der Hand ließ. Zum Überflus wurde das geprügelte Mädchen, jedenfalls wegen des Zustritts des Meisters mit der Mutter, auch noch entlassen. — Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß die zehntausend Arbeiter und Arbeiterinnen der Stollwerck'schen Fabrik sich dem Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen anschließen, um sich vor Ausbentung und schlechter Behandlung zu schützen.

**Kupperberg.** Am Freitag, den 13. Januar, tagte eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung. An Stelle des verhinderten Gauleiters Kollegen Fittgen referierte Genosse Specht von hier. In einem /stündigen Vortrage richtete er die Mahnung an die Erschienenen, sich der Organisation anzuschließen. Genosse Specht führte ferner an, wie die Arbeiter nur durch die Organisation ihre wirtschaftliche Lage verbessern können. Es wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammlung sich verpflichtete, durch rege Agitation von Mund zu Mund dahin zu wirken, daß die Organisationsverhältnisse auf den Farbenfabriken so werden, wie es sich gehört, auf daß in absehbarer Zeit durch die Machtmittel der Organisation die Verhältnisse dort gebessert werden können. Das Lösungswort soll heißen: Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, Koalitionsfreiheit, und ungehinderte Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte für die Arbeiter. Die Farbenfabriken hatten wie gewöhnlich Anpöffer in die Versammlung geschickt, um zu spionieren; die Arbeiter wurden aber vorher gewarnt. Mit einem nachmaligen Appell, sich der Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation geschlossen.

**Linden.** Ein entsetzlicher Betriebsunfall passierte am Montag, den 16. Januar, in der Hannoverischen Altem-Gummwarenfabrik in Linden, Sielstraße 15. Dort brach nach einem uns zugehenden Berichte der Arbeiter Eggers mit einem Brett, das über einem Kessel mit kochendem Gummi angebracht war, zusammen und fiel in die kochende Masse hinein! Er wurde wieder herausgeholt, hatte aber so fürchterliche Brandwunden erlitten, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

**Magdeburg.** Eine mächtig besuchte Versammlung tagte am 22. Januar im Weißen Hirsch zwecks Wahl eines Geschäftsführers. Einleitend führte Kollege Holzmann die Gründe an, weshalb er den Posten als Lokalbeamter nicht angetreten habe. Den Bericht der Kommission erstattete Kollege Paul Grise. Auf die erneute Ausschreibung seien 14 Bewerbungen eingegangen. Die Kommission habe dieselben sorgfältig geprüft und schlage die Versammlung die Kollegen Jäger, Schändig, Treichel-Lohberg und Heinrich-Deffau zur engeren Wahl vor. Nach kurzer Debatte wurde zur Wahl geschritten; dieselbe fiel auf den Kollegen Jäger. Aus dem Jahresberichte der Ortsverwaltung ist hervorzuheben, daß unsere Zahlstelle im verflohenen Jahre ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 1230. Hieran wurde der Wunsch getraut, daß diese erfreuliche Entwicklung auch im kommenden Jahre anhalten möge. Unter Verhandlungsangelegenheiten weiß Kollege Großmann darauf hin, daß durch den Ausschluß der Gewerkschaftsbewegung hier am Orte sich die zwingende Notwendigkeit ergebe habe, das bestehende Gewerkschaftssekretariat durch Anstellung eines zweiten Sekretärs zu erweitern. Der Ausführung dieses Planes länder die Organisation gewisse materielle Schwierigkeiten im Wege, die jedoch nicht unüberwindlich seien. Redner schlägt folgende Resolution vor: „Die am 22. Januar tagende Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Bau-, Tischler- und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Magdeburg, erklärt sich im Prinzip mit der Erweiterung des hiesigen Gewerkschaftssekretariats zu einem Arbeitersekretariat einverstanden und beauftragt die Ortsverwaltung, der nächsten Generalversammlung positive Vor schläge zu machen über die Beschaffung der erforderlichen Mittel.“ Diese Resolution gelangte zur Annahme. Im Verlaufe wurde beschlossen, das diesjährige Säugungsfest am 4. März im Saalbau zu feiern und den freiziehenden Bergarbeitern als 1. Rate 100 Pf. zu überweisen.

**Mülheim a. Rh.** Die am Sonntag, den 15. Januar, abgehaltene Mitglieder-Versammlung war sehr gut besucht. Es wurde die Abrechnung vorgelegt und als richtig anerkannt. Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Beschlag gebracht. Daran redete Genosse Paar aus Bismarck über: „Der Kampf und die Kunst und deren soziale Bedeutung.“ Zum Schluß wurde die Einführung eines Sozialbeitrages von 5 Pf. pro Woche erörtert. Dessen Einführung ist für den 1. April

geplant und soll vorher einer Urabstimmung unterbreitet werden. Die Urabstimmung wird in der Weise vorgenommen, daß die Kassierere Listen zum Einzeichnen vorlegen. Es sollte an dieser Urabstimmung sich jeder Kollege beteiligen.

**Niederlehme.** Am Sonntag, den 15. Januar, tagte im Lokale des Herrn Gächl eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, um Stellung zu dem Vertragsbruch der Vereinigten Berliner Märkelwerke zu nehmen. Kollege Funk-Berlin, welcher als Vertreter des Vorstandes erschienen war, schilderte in kurzen Zügen die Situation. Im Juni 1904 wurde zwischen den Vereinigten Berliner Märkelwerken und ihren, in den Sandgruben in Niederlehme beschäftigten Arbeitern ein Vertrag geschlossen, welcher bis zum 1. Juli 1905 gelten sollte. Vertragsschließende waren: als Vertreter der B. B. M. deren Inspektor Zeidler, als Vertreter der Arbeiter der Gewerkschaft Bannemwig. Dem Herrn Inspektor Zeidler war aber nun der Vertrag im Wege. Er hatte vergessen, wie es ihm als Arbeiter ging, da das jedenfalls schon zu lange her ist. Dieser Herr brach den Vertrag kurzerhand und zwar auf folgende ingenieus Weise: Er entließ zu Weihnachten — siehe Christentum etc. — seine sämtlichen Arbeiter und stellte dieselben, mit Ausnahme von 8 Mann, sofort wieder ein, aber — nach Abzug von 5 Pf. pro Stunde für Lohn- und von 2 Pf. pro Wagen für Akkordarbeiter. Auf den Vertrag hingewiesen, erklärte er einfach: Den Vertrag habe er mit den alten Arbeitern abgeschlossen, da er dieselben aber alle entlassen und nun lauter neue Arbeiter eingestellt habe, so sei der Vertrag hierdurch hinfällig geworden. Die Arbeiter konnten und sollten sich natürlich eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen und beauftragten den Kollegen Bannemwig, bei der Direktion der B. B. M. vorstellig zu werden, um auf gütlichem Wege zu ihrem Rechte zu gelangen. Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen wurde die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen. Unter den wichtigsten Vorwänden wurde die Antwort der Direktion hinausgeschoben und als Bannemwig endlich auf Antwort drängte, wurde ihm endlich nach 3 Wochen der Bescheid: „Wir verhandeln nicht mit dem Verbande, sondern nur mit unseren Leuten.“ Diese letzteren wurden jedoch ebenfalls abgewiesen. Bannemwig nicht paßt, der mag gehen. — In seinen weiteren Ausführungen besprach nun Funk die Aussichten eines event. Streiks und kam zu dem Ergebnis, daß ein solcher zurzeit unmöglich sei. Die Arbeiter in den Sand- und Kiesgruben seien unbedingt vom Wetter abhängig. Beim Eintreten von starkem Frost werde die Arbeit ohne weiteres unterbrochen und werde erst beim Tauwetter wieder aufgenommen. Da nun augenblicklich eine große Kälte eingetreten sei, so würde ein jetzt projektierte Streik ein Un Ding sein. Derselbe würde in die Länge gezogen werden und zuletzt verjumpten. Man solle nach dem Grundsatze: „Aufgehoben ist nicht aufgehoben“ verfahren und abwarten, dann biete ein Streik das, was unter allen Umständen das wichtigste ist, die Aussicht auf Gelingen. Redner empfahl folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung der organisierten Arbeiter von Niederlehme beschließt: In Anbetracht der augenblicklichen Konjunktur von einem Streik Abstand zu nehmen. Sie beauftragt die Ortsverwaltung, sämtliche zu einem Streik notwendigen Vorarbeiten zu machen und vom Hauptvorstand die Genehmigung zum Streik einzuholen. Die Ortsverwaltung ist verpflichtet, sobald die Konjunktur sich bessert, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, welche Beschlüsse zu fassen hat, um die Direktion der B. B. M. durch Arbeitsniederlegung zu zwingen, einen neuen Vertrag zu schließen und die Organisation anzuerkennen.“ Einige Redner, welche die sofortige Proklamierung des Streiks wünschten, wurden vom Kollegen Funk widerlegt und sodann die Resolution einstimmig angenommen. Darauf wurde über die Entlassung von 8 Kollegen beraten. Es lag ein Antrag vor, sie alle als gemargretelt anzuerkennen. Dem wurde widersprochen, weil nur 5 von ihnen in der Versammlung anwesend waren. Da 3 Kollegen es nicht für nötig gehalten, in dieser außerst wichtigen Versammlung zu erscheinen, so sei die Annahme begründet, daß deren Tätigkeit für den Verband nicht eine so hervorragende war, daß sie deshalb nicht wieder eingestellt wurden. Die genannten Kollegen wußten, daß in dieser Versammlung über ihr Geschick, sowie über das ihrer Arbeitsbrüder beraten werden sollte, und da die Versammlung am Sonntagmorgen stattfinde, so gebe es keinen Grund, welcher das Ausbleiben entschuldigen könne. Als gemargretelt könne überhaupt nur der angesehen werden, der für seine Tätigkeit für den Verband entlassen werde. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen in ihrer Mehrheit zu und wurden die 5 ersten Kollegen als gemargretelt anerkannt. Die anderen 3 Kollegen sollen, wenn sie sich benachteiligt fühlen, der Beschwerdeweg beschreiten. Nach einem Schlußwort des Kollegen Funk, in welchem er die Anwesenden einluderte, dahin zu wirken, daß alle Unorganisierten für den Verband gewonnen werden, und daß jeder Kollege seine Schuldigkeit tue, indem er die Ortsverwaltung bei der bevorstehenden Arbeit nach Kräften unterstütze und die Disziplin wahren, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Stolp in Pommern.** Am Sonntag, den 22. Januar, tagte hier eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, um eine Zahlstelle zu gründen. Die Tagesordnung lautete: „Welcher Organisation muß sich der Fabrikarbeiter und die Arbeiterin anschließen? Und gründen wir eine Zahlstelle der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen?“ Der Referent ging zunächst auf die Entstehung der drei verschiedenen Gewerkschaftsbestimmungen ein, welche wir in Deutschland zu verzeichnen haben. Besonders beschäftigte sich Redner mit der Organisation der Tisch-Druckerei-Gewerkschaften, welche auch in Stolp durch die Fabrik- und Handarbeiter vertreten sind. Was habe denn bisher diese letztere Richtung für die Befreiung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Stolp geleistet? Nichts! Sonst wäre es anzunehmen, daß in Stolp noch Löhne für Männer von durchschnittlich 15-20 Pf. die Stunde und für Frauen von 5-11 Pf. die Stunde gezahlt würden. Aber es sei begreiflich, wenn eine Organisation wie die der „Tische“, die noch die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital predige, nicht den Mut besäße, ernstlich Front zu machen gegen solche Zustände. So sei es aber überall mit dieser „Gewerkschaftsorganisation“ bestellt und nur dort, wo sie durch schroffes Vorgehen seitens der Unternehmer gedrängt werde (wie augenblicklich im Ruhrrevier), mache sie den Kampf mit. Ist kein Mitglied dieser Organisation den Kämpfern aus den freien Gewerkschaften in den Rücken gefallen. Redner beweist dies an verschiedenen Beispielen. Redner geht nun näher auf die Entwicklung unserer Organisation ein und weist nach, was wir bis jetzt geleistet haben und vom 1. Oktober 1905 ab für unsere Mitglieder leisten werden. Redner forderte zum Schluß die anwesenden Kollegen auf, sich der freien Gewerkschaftsbewegung anzuschließen und Mitglied unserer Organisation zu werden. Dem Redner wurde von seiten der Versammlung für seinen Vortrag reichlicher Beifall zuteil. Von der Errichtung einer Zahlstelle mußte vorläufig noch Abstand genommen werden, da es nur 7-8 Kollegen waren, die sich annehmen ließen. Doch wenn die Kartellvertretung und einzelne Genossen ihre Versprechen halten, welches sie dem Referenten in der Versammlung gaben, kann werden wir bis zum nächsten Jahr schon eine blühende Zahlstelle zu verzeichnen haben.

**Darstellung.**  
Bei der Hauptkassette gingen seit dem 18. Januar folgende Beträge ein:  
Samstag 20,—, Schwanen 116,92, Kolberg 214,62, Schlotup

305,01, Pottschappel 630,59, Schmiedeberg v. Hiesengeb. 127,96, Schwenningen 49,88, Feuerbach 27,23, Pasing 49,65, Hanau 113,37, Herbst 246,43, Nossen 154,35, Schneidham 137,03, Dörfeldorf 155,94, Potsdam 387,73, Bornstädt 103,35, Sebnitz 102,60, Bärzig 31,70, Grintrap 24,03, Brandenburg a. O. 30,—, Elbing 12,10, Sirell 11,92, Freienwalde 6,—, Straßburg 157,76, Würzen 297,75, Nied a. M. 158,78, Gösta 669,45, Singen 68,51, Döcht a. M. 162,95, Bergedorf 460,77, Sullgau 88,86, Hiltensrode 26,50, Borby 65,48, Freiberg i. S. 77,73, Harburg 1371,27, Darmstadt 111,30, Mombach 46,53, Bafing 3,27, Algey 94,64, Stellingen 419,29, Ludwigschafen 394,57, Friesenheim 321,53, Sarstedt 201,81, Tagnid 200,27, Oesthaag 165,98, Raumburg a. S. 32,80, Ocherleben 17,95, Durlach 12,08, Osterode 14,29, Brake 9,74, Dresden 451,73, Rattowig 190,—, Bandel 1369,90, Braunschweig, Gaukastenbestand zurückbezahlt, 162,25, Bremen 891,65, Braunschweig 655,30, Witten 411,45, Bussenhausen 175,82, Ammendorf 127,53, Neustadt i. S. 27,42, Rohweim 29,78, Nauen 57,04, Schoppsheim 13,41, Regensburg 24,63, Borch 74,92, Frankenthal 290,16, Hildesheim 150,—, Brandis 252,50, Reinsbölla 152,13, Dersfelde 143,04, Gartha 211,59, Stabe 163,96, Parey 67,98, Grobenhain 65,45, Gaimhausen 45,58, Dortmund 89,78, Weiglrichen 49,31, Jehnitz 117,—, Selze 104,27, Saagenberg 117,69, Anklam 126,99, Redatzum 78,30, Bromberg 26,77, Röttig 1,50, Mannheim 217,38, Deucha 2,70, Herzberg 43,35, Benda 103,44, Kleinburg a. S. 282,37, Weisfels 161,61, Gannstatt 622,92, Al.-Steinheim 274,91, Radeberg 243,87, Oberröhlau 97,43, Hertenobelheim 97,50, Rempert 150,33, Wundenheim 266,84, Biederndorfleben 64,81, Witterfeld 50,81, Gochsheim 200,27, Delmenhorst 136,84, Magdeburg 400,—, Obertrüheim 65,41, Biebrich a. Rh. 15,—, Rattowig 9,10, Gameln 193,34, Klein-Vuhra 128,48, Wevelsberg 35,60, München 7,80, Hamburg 6216,88, Nürnberg 144,74, Braunschweig 135,—, Geubach 90,48, Galgen 94,72, Bötzingen 88,13, Stiehn 14,40, Sondersburg 24,08, Böbau 18,—, Einzelmitglieder 85,20, Bünden I 500,—, Wraustadt 450,—, Gr.-Salze 276,35, Seilbrom 292,69, Gotha 117,12, Reipzig 400,—, Uetersen 323,97, Rensfeld 416,46, Eichenhausen 114,44, Schwiebus 243,02, Fritzenberg i. M. 61,20, Bergen 56,05, Gagen i. P. 53,53, Klein-Rosenberg 42,25, Oberan 28,98, Balthof 105,90, Jähdom 198,69, Greppin 128,98, Otzenau 140,—, Brest 170,16, Dönnstedt 50,—, Ganting 10,26, Gonsenheim 60,20, Belsleben 14,56, Raguhn 47,25, Salder 47,45, Bügel 92,36, Halberstadt 72,83, Ehlde 38,10, Untertürkheim 113,48, Abonnement Domata —,75.

Schluss: Dienstag, den 31. Januar, mittags 12 Uhr.

Die Zahlstelle Mülheim a. Rh. hat die Zustimmung erhalten, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder durch die Urabstimmung einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Die Zahlstelle Kalk erhebt unter Zustimmung des Vorstandes während der Dauer des Bergarbeiterstreiks einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche und Mitglied.

Die Zahlstelle Köln hat beschlossen, während der Dauer des Bergarbeiterstreiks einen doppelten Beitrag zu erheben. Auch dem stimmt der Vorstand zu.

### Eingegangene Zahlstellen.

Germersdorf, Lambach, Gainsstadt, Altenhain, Goslar, Friedberg, Erdmannsdorf und Brate.  
Zu einer Zahlstelle haben sich verschmolzen die Zahlstellen: Stuttgart, Gannstatt und Untertürkheim. Mannheim und Waldhof. Hannover, Bünden, Kleefeld und Wälfel. Leipzig-West und Leipzig-Ost.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau S. Eig: Offenbach, Vorsitzender Martin Knöchel, Bettinastraße 24. Kassierer: Wilh. Aufbach, Feldstraße 111.  
Altenrade. Karl Georgi, Berggasse 37.  
Aprenrade. Herm. Rajoch, Gildenstraße 7.  
Amwendorf. Otto Dertel, Gallestraße 60.  
Braunschweig. Herm. Köhler, Leopoldstr. 10.  
Gauau. Ed. Specht, Steinheimerlandstr. 5.  
Jasau. Friedr. Carlens, Lüderstr. 81 b.  
Magdeburg. 2. Bevollmächtigter: G. Jäger, Fabrikstraße 5/6. Dasselbst Auszahlung des Reisegehalts. Geschäftszeit von 9-1 und 4-8 Uhr.  
Mühlheim a. M. Peter Vohr III, Gr. Zimmerstr. 43. Reisegehalt bei Peter John II, Feldstraße.  
München. Peter Nonnenmacher, per Adresse: Karl Hämmel, Frauenstr. 4 a 1. Et.  
Neu-Jenaburg. Adam Grach.  
Oberhausen. Chr. Bishöfer, Dümpten Sch. III Nr. 32/1.  
Rauenburg. Fr. Fischer, Am Wall 214.  
Schenditz. Friedrich Böge, Bahnhofsstraße 51.  
Wandsbel. Ferd. Zimmermann, Kirchhofstraße 16.  
Weisels. Otto Voigt, Grasenhainstr. 7.  
Zellhan. (Gau 3.) Herm. Jahn, Gr. Mühlensstr. 3.

### Inserate.

**Zahlstelle Bötzingen.**  
Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr: Hauptversammlung beim Kollegen Schmidt, Württembergischer Hof. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwarten. Die Bevollmächtigten.

**Zahlstelle Coswig.** 60 Pf.]  
Das Reisegehalt wird mittags von 12-1 Uhr, abends von 6-7 Uhr bei Otto Stlich, Ludwigstr. 29, ausbezahlt.

**Zahlstelle Hanau.**  
Das Reisegehalt zahlt G. B. R. K. in Mühlstraße 2, Saalbau, mittags von 12-1 Uhr und abends von 7-8 Uhr aus.

**Zahlstelle Ludwigschafen.**  
Reisegehalt wird ausbezahlt im Gasthaus von Jakob Stich, Friesenheimerstraße 81. 160 Pf.]

**Zahlstelle Neumünster.**  
Am Sonntag, den 5. Februar, 4 Uhr nachmittags: Mitglieder-Versammlung bei Kellermann, Plönerstraße 7. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Die Bevollmächtigten.

**Einzelmitglieder Schmiedeberg (Bezirk Halle).**  
Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr: Zusammenkunft bei Herrn Kresschmann, Neustraße. Sehr wichtige Besprechung, daher ist das Erscheinen der Mitglieder notwendig. Die Bevollmächtigten. 1,35 Mt.]